Opłata pocztowa uiszczona ryczałtem.

Sonntag, den 3. Mai 1925. | Einzelnummer: 25 Groschen.

Lodzer Volkszeitung

Nr. 53. | Erscheint 3 mal wöchentlich: Dienstags, Donnerstags und Sonnabends, mit dem Datum des darauffolgenden Tages. Anzeigenpreis: die 7gesp. Millimeterzeile 10 Gr., im Text 40 Gr. Stellen-Gesuche 50%, -Angebote 25% Rabatt. Ausland 50% Zuschlag. | Schriftleitung und Geschäftsstelle: Lodz, Petrikauer 109, Hof rechts Tel. 36-90 Sprechstunden des Schriftleiters täglich 5—6 Uhr. Privat-Telephon des Schriftleiters: 28-45 | Der Abonnementspreis für den Monat Mai beträgt Zloty 2,40, wöchentlich 60 Groschen, zahlbar beim Empfang der Sonntagsnummern. — Für das Ausland 25 Prozent Zuschlag. — Für Amerika einen Dollar monatlich. | 3. Jahrg.

Gegen das Budget der Stadt Lodz

Die Rede des Stadtverordneten Ludwig Kuk von der Deutschen Arbeitspartei zum Budget der Stadt Lodz für das Jahr 1925.

Es ist klar, daß die Taktik der gegenwärtigen Stadtratmehrheit und des Magistrats uns eine negative Stellungnahme zum Budget und zu den Arbeiten des Magistrats diktiert.

Die Ziele der Stadtverordneten der D. A. P.

Wir sind nach dem Stadtrat gekommen, um die Interessen der arbeitenden Bevölkerung und die kulturellen Forderungen der deutschen werktätigen Bevölkerung zu verteidigen. Außerdem sind wir hierhergekommen, um Bedingungen für ein friedliches Nebeneinanderwohnen der Bürger unserer Nationalität und dem werktätigen polnischen Volke zu schaffen, da das Programm unserer Partei jeder Art Chauvinismus und Nationalitätenhaß bekämpft und nur die Gleichberechtigung fordert, die in der Konstitution verankert ist. Leider kennt die regierende Mehrheit des Stadtrats und des Magistrats die uns zustehenden Rechte nicht und will sie nicht kennen. Mit brutaler Kraft, mit der Kraft der Mehrheit, wird alles das abgelehnt, was wir auf Grund der Verfassung fordern. Als ich zum vorjährigen Budget Stellung nahm, konnte ich die Majorisierung unserer Fraktion bei den Wahlen in den Bezirksschulrat der Stadt Lodz feststellen. Dieses Vorgehen hat uns bewiesen, daß die regierende Mehrheit die Forderungen der deutschen Minderheit nicht anerkennt. Und diese klare Stellungnahme hat uns den Weg gewiesen, auf dem wir im Stadtrat gehen müssen: in der Opposition.

Herausforderung der deutschen Bevölkerung.

Im laufenden Jahre hat der Magistrat und nach ihm der Stadtrat die uns gegenüber eingenommene feindliche Stellung noch mehr hervorgehoben. Die deutsche Bevölkerung von Lodz wendet sich selten an den Magistrat mit rein völkischen Belangen. Auch in der gegenwärtigen Kadenz haben wir nichts außergewöhnliches gefordert. Unsere völkische Forderung war nur die Erhaltung der deutschen Abendkurse, die der frühere sozialistische Magistrat im Gefühl dessen, daß er der Magistrat aller Bürger ohne Unterschied der Nationalität war, ins Leben gerufen hat. Unsere überzeugenden Argumente, die in den Sitzungen der Delegationen, der Kommissionen und schließlich vor dem Stadtrat von unserem Kollegen, dem Stadtverordneten Klim, vorgebracht wurden, wirkten auf die Mehrheit nicht. Unsere Forderung wurde nicht nur abgelehnt, sondern der Schöffe Kulamowicz sagte uns in der Sitzung des Stadtrats noch in zynischer Weise und herausfordernder Gestikulation: „Es gibt keine deutschen oder jüdischen Schulen im gegenwärtigen Magistrat. Wir sind ein national-polnischer Magistrat und kennen keine anderen Nationalitäten." Die übrigen Magistratsmitglieder sowie die Mehrheit des Stadtrats hat durch ihr Schweigen die These des Herrn Kruczkowski gutgeheißen. Unsere Fraktion und mit ihr die deutsche werktätige Bevölkerung hat diese Herausforderung angenommen und wird es verstehen, auf dieselbe zu antworten. Wir wissen heute, wo die Leute sitzen, die die Gleichberechtigung nicht anerkennen, die Demokratie verwerfen, die gegenwärtig mit Riesenschritten vorwärts schreitet und nicht nur in Europa, sondern auch bei uns in Lodz. (Stv. Putto: Die Demokratie Hindenburg? Ihr habt doch Hindenburg gewählt?) Sie sind ein politischer Analphabet, wenn sie nicht wissen, wie wir zu Hindenburg stehen. Hindenburg ist eine Episode. Eine ebensolche Episode wie Sie vom Nationalen Volksverband. Ihr Bankrott hat bereits begonnen.

Der Sport ist unnötig.

Und nun andere Fragen. Vor über einem Jahre hat der Herr Vizepräsident Groszkowski den Turnsaal an der Zakontnastraße Nr. 82 für Militärzwecke requiriert, nur deswegen, weil der Lodzer Sport- und Turnverein stets in loyaler Weise sein Lokal in den Vormittagsstunden zu Rekrutierungszwecken abgegeben hat und weil er sich die Gunst des Herrn Groszkowski als deutscher Verein nicht zu erwerben vermochte. Dies geschah, trotzdem der Magistrat genügend freie Lokalitäten für diesen Zweck auftreiben konnte. Den Sport, der in der polnischen Armee gepflegt und mit besonderem Schutz von den Militärbehörden umgeben wird, erkennt Herr Groszkowski und nach ihm der Magistrat nicht an. Es halfen keinerlei Interventionen. Herr Groszkowski bekennt sich zu einem anderen Sport. Die Turnerei ist für ihn überflüssiges Zeug. Trotzdem stelle ich den Antrag, den Magistrat aufzufordern, das vorgenannte Lokal zu räumen und den Besitzern zurückzugeben.

Die Parteiwirtschaft des Magistrats.

Nehmen wir eine andere Frage: die Frage der Beamtenpolitik des Magistrats. Es gibt keinen einzigen Beamten deutscher Abstammung, der sich der Sympathie oder nur der Toleranz der Herren vom Magistrat erfreuen würde. Die Abstammung des Beamten entscheidet bei Lohnerhöhungen oder Ernennungen. Ein Deutscher wird nicht befördert, sondern im Gegenteil, wie dies mit einer Beamtin der Wirtschaftsabteilung geschah, entlassen. Dabei hatte die Beamtin nur einen von der Mehrheit festgestellten Fehler. Sie war arbeitsam und ein Vorbild für die anderen Beamten. Doch dasselbe geschieht auch mit Beamten polnischer Nationalität. Wenn ein Beamter nicht zu einer der Parteien gehört, die heute im Magistrat das Regiment führen, so wird er entlassen. Die Massenentlassungen der letzten Zeit unter dem Vorwand der Gehaltsregulierung nach der Verordnung des Staatspräsidenten werden zweifellos damit enden, daß die politischen Kräfte unter den Beamten zugunsten der Regierungsparteien umgruppiert werden. Es gibt z. B. folgende Blüten: Dem Schöffen werden neue Parteimänner als Beamte zugeschickt. Er antwortet, daß er nicht nur keine freien Stellen, sondern selbst keinen Platz hat, wo er die neue Kraft hinsetzen könnte. Die Antwort lautet: Herr X. oder Y. ist nur Praktikant, wird unentgeltlich arbeiten. Der Schöffe muß darauf schweigen. Nach zwei, drei Wochen wird aber festgestellt, daß der Magistrat doch nicht verlangen kann, daß man für ihn unentgeltlich Arbeit leistet. Die neuen Beamten erhalten darauf eine Kategorie, ein Gehalt, während beim nächsten Ersten einige alte Beamte gehen müssen, weil sie verhaßte Umstürzler-Sozialisten sind.

Die Sorge des Magistrats um die Arbeitslosen.

Und wie interessiert sich unser Magistrat für die Arbeitslosen? Die Anträge der Linken, Unterstützungen für diejenigen unglücklichen Arbeitslosen auszuzahlen, die keine staatlichen Unterstützungen erhalten, werden in bürokratischer Weise irgendwo vergraben. Was schert sich die Mehrheit um die Forderungen des Stadtverordneten-Sozialisten? Wenn einer von diesen die Tribüne betritt, wird er mit Katzenmusik begrüßt und den Arbeitslosen bleibt nur übrig, diesen Konzerten zuzuhören. Daß sie das nicht sättigt, steht auf einem anderen Blatt.

Oeffentliche oder andere Arbeiten? Seit einigen Wochen und Monaten finden Konferenzen statt, in denen man behauptet, daß schon in einer Woche, in drei Tagen, ja gleich nach den Osterfeiertagen die Arbeiten beginnen werden und tausend, zwei-

Selbstverwaltungsneuwahlen im Herbst?

Die Regierung will die neuen Gesetze nicht abwarten.

Die linken Parteien haben sich im Sejm entschlossen, die Obstruktion gegen die Selbstverwaltungsgesetze fortzuführen, um dadurch die Erledigung des Gesetzes in der Kommission unmöglich zu machen. Gegenwärtig wird noch über den Art. 2 der Vorlage beraten, obwohl das Gesetz bereits seit 4 Monaten Beratungsgegenstand ist. Da die Vorlage 100 Artikel zählt, so ist es klar, daß bei dem Obstruktionswillen der gegenwärtige Sejm das Gesetz nicht verabschieden wird.

Das Innenministerium tritt nunmehr mit der Absicht hervor, die Selbstverwaltungsneuwahlen auf dem ganzen Gebiet der Republik im Herbst vorzunehmen und zwar auf Grund einer vom Ministerium ausgearbeiteten Verordnung.

Es steht noch nicht fest, in welchem Geiste die Verordnung abgefaßt sein wird, so daß auch die Linksparteien dazu noch keine Stellung nehmen konnten. Sollten die Wahlen auf Grund der bisherigen Wahlordnung durchgeführt werden, so wäre dies die beste Lösung, den vielen arbeitsunfähigen Selbstverwaltungen zuzuweisen.

tausend, ja sechstausend Arbeiter Beschäftigung finden sollen. Es vergehen aber Wochen und Monate. Und wenn jemand dennoch ein Ergebnis fordert, so hält man mit ihm noch eine Konferenz ab. Und inzwischen wollen die Gulden aus Warschau nicht eintreffen. Der Magistrat aber stellt seine Unschuld fest: Wenn die Gulden nicht rollen, so kann er nichts anfangen. Deswegen stellen wir den Antrag, monatlich 50 000 Gulden zur Unterstützung derjenigen Arbeitslosen auszusetzen, die keine Unterstützungen erhalten.

Die Kanalisation.

Die Kanalisation dient dem Magistrat nur als Reklame. Man wühlte einige Straßen auf und hat den „großen Bau“ begonnen. Die Stadt aber hat sich bereits die Meinung festgelegt, daß unsere Kinder und Kindeskinder die Kanalisation nicht erwarten werden, wenn die Arbeiten in diesem Schneckentempo weitergehen werden. Für die Kanalisation sind Gelder nötig — eine langterminierte Anleihe, die es ermöglichen würde, die Kosten für die Kanalisation auf einige Generationen zu zerlegen. Leider kann sich der Magistrat zur Aufnahme einer Anleihe nicht entschließen. Wir sind jedoch der Meinung, daß ohne eine Anleihe keine Kanalisation erbaut werden kann. Deswegen stellen wir den Antrag, den Magistrat zur Erhebung einer Anleihe aufzufordern.

Das Volkshaus.

Auch wollen wir hier an den Bau des Volkshauses erinnern. Zwei Jahre hat man mit endlosen Sitzungen vertrödelt, ohne an die Ausführung des diesbezüglichen Beschlusses des Stadtrats zu schreiten. Von der Mehrheit hat jede Partei ihr eigenes Lokal und deswegen ist das Volkshaus für sie nicht nötig. Wir aber fordern es, damit alle Arbeiter in einem Lokale zusammenkommen können. Unser diesbezüglicher Antrag fordert den Magistrat auf, in diesem Jahre mit dem Bau zu beginnen.

Das Budget.

Bei diesem Budget verzichtete die Mehrheit auf die Reklame des defizitlosen Budgets. Es heißt, daß wenn die Einnahmepositionen verwirklicht werden, so wird eine Anleihe von 5½ Millionen das Defizit decken. Ich zweifle daran, denn die Einnahmeposten stützen sich keinesfalls auf reale Berechnungen. Die Beamtengehälter wurden mit „ungefähr“ berechnet. Man spricht sogar davon, daß die für diese Ausgabe voranschlagten Summen noch verringert werden können. Wir glauben daran nicht, denn wir wissen, daß die Mehrheit noch sehr viel Parteileute hat, die sie versorgen soll. Und diese Versorgungspolitik ist mit Sparsamkeit nicht in Einklang zu bringen. Die Ausgaben sind dabei im Verhältnis zum Vorjahre um das Doppelte gestiegen. Der Gesundheitsabteilung wurden große Summen gestrichen. Und der Referent sprach davon, daß die Einnahmepositionen wie auch die Position der Rückerstattung von einer Million Zloty von der Regierung für Schulbauten zweifelhaft sind. Wir sehen deswegen keine Möglichkeit, daß das Budget realisiert wird. Und deswegen erklären wir, daß wir für das Budget keine Verantwortung übernehmen und **gegen** dasselbe stimmen werden.

Der Verlauf des Mai-Feiertages.

Gewaltige Demonstrationen im In- und Auslande. — Massenverhaftungen in Lodz und im Inlande. — Die P. P. S. und die Parole: „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“. Eine imposante Maifeier der D. A. P.

Die diesjährige Feier des 1. Mai, des Tages der Arbeit, wurde im ganzen Lande begangen. Die sozialistischen Parteien haben in ihren Organen sowie durch besondere Flugzettel zur Niederlegung der Arbeit aufgefordert. Der Aufforderung ist der größte Teil der Arbeiterschaft nachgekommen, die in würdiger Weise an den Straßendemonstrationen gegen den Krieg, gegen die Ausbeutung der Massen, für die Gleichberechtigung, für den Achtstundentag, für die sozialen Errungenschaften der Arbeiterschaft usw. demonstrierten. Es war ein Aufmarsch der sozialistischen Kräfte, eine Heerschau derer, die für Gerechtigkeit und eine bessere Weltordnung kämpfen.

Die deutsche Arbeitspartei Polens

hat ihre Forderungen zum 1. Mai in einem Flugblatt präzisiert, das wir in der „Lodzer Volkszeitung“ abgedruckt haben. Den Ortsgruppen der D. A. P. teilte der Hauptvorstand mit, daß sie, wo die lokalen Verhältnisse dies erlauben, an den Straßendemonstrationen teilnehmen sollen. Entsprechend dieser Weisungen nahmen die Ortsgruppen in der größten Zahl an den gemeinsamen Demonstrationen teil und manifestierten zusammen mit dem polnischen arbeitenden Volke die Brüderlichkeit.

In Lodz

hat die Ortsgruppe an den Demonstrationen nicht teilgenommen, weil sie hierzu von der P. P. S. nicht eingeladen worden war. Ob dies seitens der P. P. S. Taktik war oder eine Weisung von oben, konnte nicht festgestellt werden. Tatsache ist, daß die Lodzer Organisation der P. P. S. in ihrer Mitgliederversammlung beschlossen hat, die Deutsche Arbeitspartei und den jüdischen „Bund“ zu der Demonstration einzuladen. Ein in dieser Sitzung gestellter Antrag, daß an der Spitze des Zuges die Repräsentanten aller drei Parteien marschieren sollten, um die Solidarität symbolisch zu dokumentieren, wurde abgelehnt. Trotz dieses Beschlusses ist eine Einladung nicht erfolgt. Die an der Spitze der Organisation stehenden Männer behaupten, daß das Sekretariat der P. P. S. vergessen hätte, die Einladung abzusenden. Als die Stadtverordneten der P. P. S. in Lodz sowie einige Abgeordnete der Partei in Warschau hörten, daß keine Einladung erfolgt ist, waren sie empört. Auch während des Umzuges wurde große Unzufriedenheit geäußert.

Zu bemerken ist, daß die P. P. S. in ihrem Warschauer Organ, dem „Robotnik“, allen, besonders aber dem sozialistischen Auslande, kund und zu wissen gab, daß sie mit den anderen Parteien gemeinsam geht. Wir wollen annehmen, daß diese Kundgebung ehrlich gemeint war, was ja schließlich die gemeinsamen Demonstrationen in anderen Städten beweisen. Hoffentlich passierte das „Versehen“ in Lodz zum letzten Male.

Dabei steht in der Mairesolution der P.P.S., daß die Gleichberechtigung für die Minderheiten und die Gewährung der ihnen verbrieften Rechte gefordert werden solle.

Aus demselben Grunde der Nichteinladung nahm auch der jüdische „Bund“ in Lodz an den Demonstrationen nicht teil. Den „Poalej-Zionisten“ hatte das Regierungskommissariat den Umzug und die Versammlung verboten. Die Unabhängigen Sozialisten schlossen sich in recht stattlicher Zahl dem Zuge der P. P. S. an.

Am Freiheitsplatze sprachen die Vertreter der Polnischen Sozialistischen Partei über die Maifeier. Gegen ½2 Uhr betrat der kommunistische Abgeordnete Skrzypa die Tribüne. Um ihn scharten sich einige Hundert Teilnehmer der Demonstration. Nach einigen Minuten wurden dieselben umzingelt und in einer Anzahl von gegen 200 Personen nach dem Polizeibezirk abgeführt. Der größte Teil der Verhafteten stammte aus dem Zuge der unabhängigen Sozialisten. Trotzdem seine Zuhörer abgeführt wurden, sprach Abg. Skrzypa ruhig weiter. Das Publikum bildeten aber nur noch Polizeibeamte, die um Skrzypa einen Kordon schlossen. Von den Verhafteten wurden einige Personen nach der Legitimierung sofort freigelassen. Abg. Skrzypa wurde vom Staatsanwalt Schmidt legitimiert. Er begab sich nach dem Grandhotel, von einer Menschenmenge sowie von der Polizei begleitet. Vor dem Grandhotel forderte er die Menge auf, im eigenen Interesse nach Hause zu gehen.

Zu irgendwelchen Unruhen ist es am gestrigen Tage nicht gekommen.

Der jüdische „Bund“ hielt am Vormittag in der Philharmonie eine Versammlung ab und veranstaltete am Abend eine Feier.

Die P. P. S. hatte am Abend in der Philharmonie eine Akademie gegen Eintrittsgeld.

Die deutsche werktätige Bevölkerung

nahm an den Demonstrationen inoffiziell teil. Am Abend versammelten sich die Mitglieder und Gönner der D. A. P. zur Maifeier im Englischen Saale.

Den Abend eröffnete Johann Richter mit einem eindrucksvoll gesprochenen Prolog über die Maifeier. Die begeistert gesprochenen Verse zündeten in den Herzen der den Saal füllenden Festteilnehmer. Hierauf sang der unter Leitung des Kapellmeisters Robert **Ritter** stehende Gesangchor der D. A. P. die „Internationale“. Die gestrige Leistung des Chores berechtigt zu den besten Hoffnungen.

Abgeordneter Emil **Zerbe** hielt die Festrede. Redner schilderte die Geschichte der Maifeier und die Wirkung der ersten Maiforderungen der Arbeiterschaft, die vor 36 Jahren zum ersten Male ausgegeben wurden. Die Schlußaufforderung, treu zu der Fahne der D. A. P. zu halten, um der Befreiung der Arbeiterschaft und dem Sozialismus zum Siege zu verhelfen, wurde mit begeistertem Beifall aufgenommen.

Die Künstler des Deutschen Theaters, Frl. **Foitik** und Herr **Miller**, die noch gestern Abend unsere Stadt verließen, rezitierten einige freiheitlichen Gedichte. Diese fanden begeisterte Aufnahme.

Der Sprecher des Abends, G. **Ewald**, dankte den Schauspielern für diese Mitwirkung sowie alle anderen Dienste, die sie und ihre Kollegen in der vergangenen Saison der D. A. P. erwiesen haben.

Als Vertreter des jüdischen „Bund“ sprach Stv. **Lichtenstein**, der den Kampf der jüdischen Arbeiterschaft schilderte. „Der Antisemitismus und der nationale Chauvinismus“, sagte Redner, „der von den Kapitalisten aller Länder geschürt wird, ist das größte Hindernis für die Arbeiterschaft und muß daher mit gemeinsamer Kraft bekämpft werden.“ Sein zum Schluß geäußerter Wunsch, der Minderheitspartei, mit der D. A. P. zusammenzuarbeiten, wurde durch starken Beifall angenommen.

Den Abend beschloß der Gesangchor mit dem Liede „Der Sohn des Volkes“, das dankbar aufgenommen wurde.

Die erschienene Arbeiterschaft verließ mit leuchtenden Gesichtern den Saal, für den ihr noch bevorstehenden Kampf um die Befreiung in jeder Beziehung gestärkt.

In Warschau

wurde zur Maifeier der Straßenbahnverkehr eingestellt. Die Polizei gab bekannt, daß sie kommunistische Demonstrationen nicht zulassen wird. Der erste Zug der Kommunisten kam aus Praga, wurde jedoch am Krasinskischen Platz zerstreut. Es wurden dabei 3 kommunistische Fahnen konfisziert. Um dieselbe Zeit setzte sich von der Ogrodowastraße ein aus 2000 Personen zählender kommunistischer Zug in Bewegung, der nach dem Theaterplatz dringen wollte, wo die P. P. S. versammelt war. Die Polizei zerstreute auch diesen Zug. Dabei wurden einige Personen verwundet und eine größere Anzahl verhaftet. Um 12 Uhr löste sich vom Zuge der P. P. S. ein Zug von 400 Personen los, der die kommunistische Fahne entrollte. Auf der Orlastraße trat die Polizei dem Zuge entgegen. Es fielen zwei Schüsse. Die Polizei verhaftete 50 Personen, darunter den Mann, der geschossen hatte.

Verhaftungen.

Einige Tage vor der Maifeier und in der Nacht zu derselben wurden in fast allen Städten des Landes Verhaftungen von des Kommunismus verdächtigen Personen vorgenommen. In Krakau wurde eine akademische Organisation „Pionier“ aufgedeckt. In Bialystok wurden 50 Personen verhaftet, ebenso eine größere Anzahl in Warschau. Auch in Lodz wurden Verhaftungen vorgenommen. Das Regierungskommissariat hat am Vortage eine Bekanntmachung herausgegeben, in der es davor warnt, an kommunistischen Versammlungen und Umzügen teilzunehmen, da diese gewaltsam unterdrückt und die Schuldigen zur Verantwortung gezogen werden.

In Frankreich

haben mit Ausnahme der Untergrundbahnen alle Betriebe geruht. In Paris waren die Demonstrationen gleichzeitig Kundgebungen gegen den Krieg. Natürlich ging es nicht ganz ohne Verhaftungen ab. Unter den Verhafteten sollen sich auch zwei Redakteure des kommunistischen Blattes „Humanite“ befinden.

In Berlin

waren es machtvolle Kundgebungen, die die deutsche Sozialdemokratie veranstaltet hatte. Auch die Kommunisten hatten in gewaltigen Demonstrationen gegen die deutsche Reaktion aufgerufen.

An den Kundgebungen in Wien nahm das ganze werktätige Volk teil. Fast alle Betriebe ruhten.

Kurze politische Nachrichten.

Das Ministerium für Bodenreform soll, wie aus Regierungskreisen verlautet, kassiert werden.

Der polnische Gesandte in Bulgarien, Dr. Grabowski, ist abberufen worden.

Dr. Zimmermann reist nach Warschau. Generalkommissar des Völkerbundes für Oesterreich, Dr. Zimmermann, wird Mitte Mai einer Einladung der polnischen Regierung Folge leisten und Warschau besuchen. Dr. Zimmermann wird mit den polnischen Regierungsvertretern wegen seiner Erfahrungen bei der österreichischen Sanierung Rücksprache pflegen.

Die belgische Regierungskrise. Der König empfing den konservativ-katholischen Politiker Segers zur Besprechung der politischen Lage. Die nationalistische Presse fährt fort, für ein Kabinett de Brocqueville mit außerparlamentarischen Ministern Stimmung zu machen.

Entsetzliches Eisenbahnunglück im polnischen Korridor.

Der Zug die Eisenbahnböschung hinabgestürzt. 30 Tote und über 50 Verwundete.

Der Schnellzug, der zwischen Ostpreußen und Berlin verkehrt, ist im polnischen Korridor zwischen den Stationen Waroszyn und Stargard die einige Meter hohe Eisenbahnböschung hinabgestürzt. Die Folgen dieser Entgleisung waren entsetzlich. 25 Personen waren sofort tot. Ueber 12 Personen wurden derart schwer verletzt, daß mit ihrem Tode zu rechnen ist. Die Zahl der leichter Verletzten konnte noch nicht festgestellt werden. Doch dürften es mehr als 50 sein.

Die sofort eingeleitete Untersuchung ergab, daß die Entgleisung infolge verbrecherischen Abschraubens der Schienen erfolgte.

Das Eisenbahnunglück dürfte zu diplomatischen Komplikationen zwischen Polen und Deutschland führen, da der entgleiste Zug ein Durchgangszug war, der ohne anzuhalten den polnischen Korridor passiert. Außerdem sind alle Passagiere mit Ausnahme von zwei Personen, die ums Leben gekommen sind, Deutsche.

Der polnische Eisenbahnminister Tyszka hat an den deutschen Eisenbahnminister ein Telegramm gesandt, in dem er diesem anläßlich des Eisenbahnunglücks sein Beileid ausdrückt.

•

Die deutsche Presse fordert Schadenersatz.

Die reichsdeutsche Presse macht Polen für die Katastrophe verantwortlich, denn Polen sei nicht in der Lage, das Leben der Bürger zu gewährleisten. Die „Telegraphen-Union“ nennt Polen ein Land, das vollständig desorganisiert sei, und kommt zu dem Schluß, daß Polen für Schadenersatz aufkommen müßte, ohne Rücksicht darauf, ob das Unglück das Werk von Verbrechern sei oder nicht.

Die „Germania“ erhebt gegen das polnische Eisenbahnpersonal die schärfsten Vorwürfe. Sie weist darauf hin, daß der Anschlag nicht, wie es die polnischen Behörden hinzustellen versuchen, von polenfeindlichen Elementen, sondern von polnischen Nationalisten verübt worden sei.

Danzig gegen die Feier des 3. Mai

Die Danziger deutsche Presse verurteilt auf das schärfste die von den Danziger Polen angekündigte Feier des 3. Mai. Die „Danziger Neuesten Nachrichten“ schreiben, daß Danzig den Polen gegenüber große Toleranz übt, doch auch diese Toleranz habe Grenzen. Eine polnische Demonstration müßte auf die deutsche Bevölkerung von Danzig wie eine Provokation wirken. Die Presse ist der Meinung, daß die Polen auf die feierlichen Umzüge verzichten müßten, denn diese könnten bei der in Danzig herrschenden Erregung zu Zusammenstößen führen.

Die polnische Rüstungsanleihe.

Verzicht oder nur eine schöne Geste?

In Pariser politischen Kreisen wird ein Gerücht verbreitet, das sehr unwahrscheinlich klingt. Danach soll der polnische Botschafter Chlapowski Briand mitgeteilt haben, daß Polen auf die Anleihe in Höhe von 400 Millionen Franken, die Rüstungszwecken dienen sollte, verzichte. Der polnische Botschafter soll erklärt haben, daß Polen infolge der fortschreitenden Sanierung ohne Anleihe auskommen konnte.

Wie gesagt, klingt diese Pariser Nachricht ziemlich unwahrscheinlich, denn man kann es sich nur schwer vorstellen, daß Polen gerade im gegenwärtigen Augenblick auf diese Rüstungsanleihe verzichten würde. Für militärische Zwecke kann das jetzige Polen nicht genug Geld bekommen. Und was die fortschreitende Sanierung anbelangt, so glauben wir kaum, daß Grabski über soviel Mittel verfügt, um die Wünsche unsrer unersättlichen Militaristen ohne Auslandsanleihen restlos befriedigen zu können.

Joffe Wojkows Nachfolger?

Die Sowjetregierung ist mit der Tätigkeit ihres Warschauer Gesandten, Wojkow, nicht zufrieden. Es wird Wojkow vorgeworfen, daß er seine diplomatische Tätigkeit nicht in Einklang mit den Richtlinien der Sowjetpolitik zu bringen verstanden hätte. Als sein Nachfolger wird Joffe genannt, der seinerzeit den russisch-polnischen Friedensvertrag in Riga unterzeichnet hat. Ueber die Möglichkeit der Ernennung Joffes zum Gesandten ist die Warschauer Presse stark beunruhigt, da Joffe zu den fähigsten russischen Diplomaten zählt und ein Meister in der revolutionären Agitation ist.

Hindenburg-Interpellationen.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat folgende Interpellation eingebracht:

„Die Wahlagitation eines Teiles der Partei, die die Kandidatur des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg aufgestellt hatte, richtete sich gegen die republikanische Staatsform und mit besonderer Heftigkeit gegen die bisherige Linie der deutschen Außenpolitik. Ihr Wahlerfolg muß die Befürchtung erwecken, daß sie die bisherige Grundlage der auf internationale Verständigung und Eintritt Deutschlands in den Völkerbund gerichtete Außenpolitik verlassen werde. Wir richten deshalb an die Reichsregierung die Frage, ob sie glaubt, unter den geänderten Verhältnissen an der bisherigen Außenpolitik festhalten zu können.“

Es ist anzunehmen, daß die Interpellation schon sehr bald im Reichstag verhandelt wird und dann die Oeffentlichkeit noch klarer, als es heute von Herrn Dr. Luther geschehen ist, darüber unterrichtet wird, wie sich die Reichsregierung die Fortführung ihrer Politik nach dem 26. April denkt.

Die kommunistische Reichstagsfraktion hat folgende Interpellation eingebracht:

„Ist die Regierung bereit, zu der durch die Wahl des Generalfeldmarschall v. Hindenburg geschaffenen politischen Lage Stellung zu nehmen?“

Französisch-russischer Konflikt.

Zwischen der französischen Regierung und der Sowjetbotschaft ist ein Konflikt ausgebrochen, weil der erste Botschaftsrat der bolschewistischen Botschaft an politischen Kundgebungen in Frankreich teilnahm. Botschafter Krassin bemühte sich, in einer Aussprache mit Briand die Angelegenheit aufzuklären und beizulegen. Die nationalistische Presse fordert die Ausweisung des Botschaftsrates, weil dieser sich in die inneren Angelegenheiten Frankreichs einmischte.

Gleichzeitig protestierte Krassin gegen die Rede Millerands. Das warme Eintreten für Polen sowie die gegen Sowjetrußland eingenommene feindselige Haltung könne zur Verschärfung der Beziehungen zwischen den beiden Ländern führen.

Konrad Haenisch gestorben.

Der erste sozialdemokratische Unterrichtsminister Preußens, Konrad Haenisch, ist, noch nicht fünfzig Jahre alt, in Wiesbaden als Regierungspräsident gestorben. Die Partei verliert an ihm einen Mann von hohen geistigen Gaben und eine anziehende Persönlichkeit, die ihrer ganzen Entwicklung, auf welche Wege des Denkens und Wollens sie auch geriet, ihr idealistisches Grundgepräge bewahrte.

Konrad Haenisch stammte aus einer alten konservativen Familie in Vorpommern. Sein Vater war Arzt, sein Onkel Landgerichtspräsident. Von mütterlicher Seite war er mit altadeligen Geschlechtern verwandt, so daß er, als er in den preußischen Dreiklassenlandtag in Berlin gewählt wurde, als Sozialist seinem Onkel, dem konservativen Landtagspräsidenten Grafen Schwerin-Löwitz, gegenüberstand. Seine Abstammung aus diesen Kreisen hat ihn nicht gehindert, sich schon in jungen Jahren der Sozialdemokratie anzuschließen.

Sejm.

(Von unserem Warschauer K.-Korrespondenten.)

Die Linke mit Einschluß der N. P. R. gegen Ratajski.

Die Donnerstagsitzung des Sejm war eine scharfe Abrechnung mit dem Innenminister Ratajski. Abg. Prager von der P. P. S. wies auf die Mängel in unsrer Verwaltung hin. Die Polizei sowie die Geheimpolizei kam dabei sehr schlecht weg. Als Abg. Prager einen besonderen Zweig der Verwaltung einer eingehenden Kritik unterzog, wurden Rufe laut, er möchte sich nicht in Kleinigkeiten verlieren. Prager antwortete: „Ein Mensch wiegt 60 kg und sein Kopf nur 2 kg. Dies ist doch nur ein kleiner Teil des Ganzen, aber könnte jemand ohne den Verstand Minister sein? (Rufe: Wahrscheinlich ja, denn wir haben solche.)“ Zum Schluß stellte der Redner den Antrag, vom Budget des Innenministeriums 100 Zloty zu streichen. Der Abg. Kozlowski vom Nationalen Volksverband erging sich in Lobreden. Er hieß sogar die Erhöhung der Paßgebühren gut. Durch diese Erhöhung werden die Kranken gezwungen, Zakopane, wo er selbst Wojt ist, sowie die anderen polnischen Kurorte zu besuchen. Abg. Wislicki: „Aber Juden lassen Sie nicht nach Zakopane“. Abg. Kozlowski: „In diesem Jahre gehen wir Hand in Hand mit Grabski und werden die Juden reinlassen.“ Abg. Wislicki: „Wir danken, wir werden von Ihrer Großherzigkeit keinen Gebrauch machen!“

Sehr schwere Vorwürfe gegen den Innenminister erhob Abg. Grünbaum. Seine Rede machte großen Eindruck. Die Redner der Weißrussen und Ukrainer enthüllten ein schreckliches Bild der Zustände in den Grenzgebieten. Der Abg. Holeksa von der Christlichen Demokratie sprach sich gegen die Tätigkeit des Ministers ohne Portefeuille, Thugutt, aus. Thugutt erschwere nur die Arbeit dem Innenminister Ratajski. Aus dem Angriff der Rechten ist zu ersehen, daß Thugutt seinen neuen Freunden bereits zuviel ist. Mit dem demokratischen Aushängeschild ist also nichts und Thugutt hat sich durch die Gründung der „Partei für konstitutionelle Arbeit“ den Rückzug zum parlamentarischen Leben wieder gesichert.

Abg. Popiel (N. P. R.) legte Ratajski nahe, nach Posen zurückzukehren, denn er sei ein sehr schlechter Minister. Ratajski ging der Ruf voraus, daß er ein guter Selbstverwaltungsfachmann sei. Als Minister habe er sich jedoch als vollständig unfähig erwiesen. Er trete sogar für das Pluralwahlrecht ein.

Infolge dieser Stellungnahme der N. P. R. ist es nicht ausgeschlossen, daß Ratajski auf seinen Ministersessel verzichtet und seinen „Triumphzug“ nach der Hauptstadt der „Pierunys“ antreten wird.

Lokales.

Von der Stadtverordnetenversammlung. In der Donnerstagsitzung des Stadtrats wurde die Generaldebatte über das Budget eröffnet. Es sprachen die Vertreter aller Fraktionen mit Ausnahme der P. P. S. und der bürgerlichen Deutschen. Die Stellungnahme der D. A. P. präzisierte Stv. L. Kuk. Die von ihm eingebrachten Anträge lauten:

„Der Stadtrat fordert den Magistrat zu möglichst sofortiger Räumung des Turnsaales in der Zakontnastr. Nr. 82 auf.“

„Der Stadtrat wolle beschließen: In das Budget der Abteilung für soziale Fürsorge wird die Summe von 600 000 Zloty eingefügt, die zur Unterstützung derjenigen Arbeitslosen in der Summe von 50 000 Zloty monatlich verwendet werden soll, die keine staatlichen Unterstützungen erhalten.“

„Der Stadtrat fordert den Magistrat auf, eine langterminierte Anleihe zum Bau der Kanalisation und Wasserleitung aufzunehmen.“

„Der Stadtrat fordert den Magistrat auf, im laufenden Jahre mit dem Bau des städtischen Volkshauses zu beginnen.“

Die nächste Sitzung findet Montag abend statt. Es wird zur Einzeldebatte geschritten.

Die Ausgabe der Talons an die Arbeitslosen, die Ausweise mit neuen Nummerierungen besitzen für die Zeit vom 27. April bis 3. Mai, erfolgt in nachstehender Ordnung: Am Montag, den 4. Mai, im Büro Nr. 1 in der Zeit von 8—3 Uhr von Nr. 1201—1800 und von 3—10 Uhr von 1801—2400. Im Büro Nr. 2 von 8—3 Uhr von 1401—2100 und von 3—10 Uhr von 2101—2800. Im Büro Nr. 3 von 8—3 Uhr von 701—1400. Im Büro Nr. 4 von 8—3 Uhr von 1501—2250 und von 3—10 Uhr von 2251—3000. Am Dienstag, den 5. Mai, im Büro Nr. 1 in der Zeit von 8—3 Uhr von Nr. 2401—3000 und von 3—10 Uhr von 3001—3600. Im Büro Nr. 2 von 8—3 Uhr von 2801—3500 und von 3—10 Uhr von 3501—4200. Im Büro Nr. 3 von 8—3 Uhr von 1401—2100. Im Büro Nr. 4 von 8—3 Uhr von 3001—3750 und von 3—10 Uhr von 3751—4500.

Von der Krankenkasse. Vom Direktor der Krankenkasse, Herrn Dr. Arct, werden wir auf Grund des Pressegesetzes um die Aufnahme der Richtigstellung ersucht, daß er in der letzten Verwaltungssitzung nicht von der Notwendigkeit der Kündigung der Aerzte sprach, sondern davon, daß, falls die ungünstige Finanzlage der Kasse anhält, es nicht ausgeschlossen sei, daß die Leitung der Kasse vor das Problem gestellt wird, den Aerzten das Abkommen über die Gehaltshöhe zu kündigen.

Lodz erhält Staatskredit. Das Finanzministerium hat der Stadt Lodz zu Kanalisationszwecken einen Kredit in Höhe von 3 200 000 Zloty gewährt. Die Summe soll in Raten zur Auszahlung gelangen.

Die Jahrgänge 1899 und 1900 zu den Uebungen einberufen. Auf Grund des Art. 7 des Gesetzes vom 23. Mai 1924 werden in diesem Jahre zu Uebungen einberufen: Die Reservisten des Jahrganges 1899 und 1900 zu 4-wöchigen Uebungen sowie die Offiziere des Jahrganges 1894 zu 8-wöchigen Uebungen. Die Uebungen haben bereits begonnen und dauern bis zum 23. September. Die Einberufung findet in 5 Gruppen statt. Die Stellungsbefehle werden von der Polizei zugestellt.

Anläßlich der Feier des 3. Mai hat die Polizei unter Androhung von Strafen angeordnet, die Häuser zu flaggen. Die Hausbesitzer müssen also flaggen. Die vorschriftsmäßige Größe der Flaggen ist 2 m. lang und 1 m. breit.

* * *

Am heutigen Sonntag sollen im ganzen Lande Sportfeste und verschiedene andere Veranstaltungen stattfinden, entsprechend den Weisungen der Regierung, daß eine „frohe Stimmung“ herrschen soll.

Die Arbeiterabgeordneten der polnischen Parteien erklärten Pressevertretern gegenüber, daß dieser Art Veranstaltungen die hungrigen Arbeiter garnicht begeistern können und daß die Auswerfung von 100 000 Zloty für diesen Zweck empörend ist.

Die Lodzer Abgeordneten haben erklärt, daß die Lodzer Arbeiter angesichts der Not an keine Vergnügungen denken können.

Das städtische Kino am Wasserring wird am Sonntag unentgeltliche Vorstellungen geben.

Im Lodzer Stadtrat findet nach dem Umzug am Vormittag um 5 Uhr nachmittags eine feierliche Sitzung statt.

Zu den bevorstehenden Kanalisationsarbeiten. Der Magistrat hat als Tagelohn für die bei der Kanalisation zu beschäftigenden Arbeiter Zloty 3.20 festgesetzt. Die Fachverbände fordern 4.50 Zloty. In einer Sitzung des Kanalisationskomitees soll dieser Streit entschieden werden.

Die Firma „Arnecker & Co." wurde in der letzten Sitzung der Handelsabteilung des Bezirksgerichts für zahlungsunfähig erklärt.

Familienabend in der deutschen Volksschule Nr. 90, Gluwna 30. Am Sonnabend, den 2. Mai, um 8 Uhr abends, veranstaltet der Vormundschaftsrat und die Selbsthilfe im Lokale an der Kopernika 64 einen Familienabend. Der Reinertrag ist für eine Exkursion der Schüler der 7. Klasse nach Zakopane und Krakau bestimmt. Die deutschen Volksgenossen werden zu diesem Abend eingeladen.

Unter die Elektrische geraten ist vorgestern auf der Pabianicer Chaussee der 8jährige Stanislaw Lesniewski. Er wurde in schwerem Zustande nach dem Marienhospital gebracht.

Bestrafte Aerzte. Vor dem Friedensgericht des 1. Bezirks hatten sich vorgestern die Aerzte der Krankenkasse, Dr. Michalski und Dr. Neumann, zu verantworten, die angeklagt waren, die Erteilung einer ärztlichen Hilfe an eine kranke Wöchnerin verweigert zu haben. Die Aerzte wurden zu je 200 Gulden Geldstrafe verurteilt.

Deutscher Lehrerverein. Am Sonnabend fand im Vereinslokal ein Leseabend statt. Herr O. Zielke las einige Auszüge aus der Abhandlung Kabischs über die körperliche Strafe vor. Die Ansichten des Verfassers gehen dahin, daß die körperliche Strafe nur bei kleinen Kindern bis zum 7. Lebensjahre angewandt werden dürfte, um ihren Trotz zu brechen. Diese Ansicht teilten nicht alle Anwesenden. Es war die Meinung vorhanden, daß man verschiedene andere Mittel anwenden könne, um zum Ziele zu gelangen. Sodann folgte die Verlesung eines Aufsatzes von P. Keller: „Mein Roß und ich". Eine lebhafte Schilderung Münchs über die Versuchsschule, vorgelesen von Herrn Golnik, zeigte, daß die neue Schule nur in den Kreisen auf Widerstand stößt, wo das rechte Verständnis hierfür fehlt. Aufgabe der Lehrer sei es daher, die Eltern mit der neuen Schule näher bekanntzumachen.

Es ist zu bedauern, daß der Abend so schwach besucht war. Die wenigen Zuhörer waren höchst befriedigt, den Abend in zwangloser und nützlicher Unterhaltung verbracht zu haben.

Am Sonnabend, den 2. Mai, um 8 Uhr abends, findet ein Vereinsabend statt. Für Unterhaltung ist gesorgt. Die gesch. Mitglieder werden gebeten, recht zahlreich zu erscheinen.

Aus dem Reiche.

Zgierz. Gymnasium. Am Montag, den 4. Mai hält Herr Dir. Dr. Kotzian einen Vortrag über das Thema „Rabindranath Tagore, des Dichter-Philosophen Leben und Werke". Es wird dieses sein 16 ter Vortrag in Zgierz und seit seiner Tätigkeit in Kongreßpolen vom Februar 1923 sein 33-ter Vortrag sein.

Warschau. Selbstmord. Am Mittwoch sprang hier der Kaufmann Nissenkorn, der durch die schlechte Geschäftslage sein Vermögen verloren hatte, aus dem 5. Stockwerk und war auf der Stelle tot.

Krakau. General Czikiel verurteilt. Am Donnerstag wurde der Prozeß in Sachen der Novembervorfälle beendet. Wegen Untätigkeit bei den Unruhen wurden verurteilt: General Czikiel zu drei Monaten Festung, Kapitän Obiedzinski zu zwei Monaten Gefängnis, Oberleutnant Nowakowski und Skarski zu je 4 Wochen Haft. Major Biernacki wurde freigesprochen.

— Ein Schuldirektor verhaftet. Der Direktor einer Mädchenschule namens Josef Ilsepie ist verhaftet worden, weil er die ihm anvertrauten Kinder in das Direktionszimmer lockte und sich dort an ihnen sittlich verging.

Kattowitz. Lohnstreit. Die Arbeitnehmer von Oberschlesien haben sich an die Kohlenbarone mit der Forderung gewandt, alle Löhne um 15 Proz. zu erhöhen. Diejenigen Löhne, die im Verhältnis der Durchschnittslöhne sehr niedrig sind, sollten eine Erhöhung bis zu 30 Prozent erfahren. Die Kohlenbarone lehnten diese Forderungen ab. Aber nicht genug damit, verlangten sie noch in provokatorischer Weise eine Herabsetzung der Löhne um 10 Prozent.

Von der Deutschen Arbeitspartei.

Der zweite Parteitag

findet heute, Sonntag, den 3. Mai, im Saale des Vereins deutschsprechender Meister und Arbeiter, Lodz, Andrzejastraße 17, um 9 Uhr morgens, pünktlich statt.

Die Delegierten der Ortsgruppen haben die schriftliche Bescheinigung des Mandats mitzubringen.

Der Hauptvorstand der D. A. P.
(—) E. Zerbe,
Parteivorsitzender.

Diskussionsabend!

Montag, den 4. Mai, 7 Uhr abends, findet im Saale der deutschsprechenden Meister und Arbeiter, Andrzejastr. 17, der übliche Diskussionsabend statt. Stadtv. Reinhold Klim wird über das Thema „Die deutsche Volksschule in Lodz" sprechen. Eintritt frei! — Jedermann herzlich willkommen!

Von der Ortsgruppe Tomaschow. Am Sonnabend, den 25. April, wurde in der hiesigen Ortsgruppe die neu angeschaffte Parteifahne eingeweiht. Seitens der P.P.S. waren die Genossen Turski und Haak vertreten, die der Ortsgruppe weiteres Blühen und Gedeihen unter dem Symbol der Fahne wünschten. Die Feier nahm einen herzlichen Verlauf.

Am Sonntag nachmittag fand eine Mitgliederversammlung statt. Als Delegierte für den Parteitag wurden gewählt: Weggi, Pritzel, H. Ludwig, R. Ludwig, H. Hermann, Kreutz, Jek und Jakisch.

Verleger und verantwortlicher Schriftleiter: Stv. Ludwig Kut.
Druck: J. Baranowski, Lodz, Petrikauer 109.

Bekanntmachung.

Die Krankenkasse der Stadt Lodz bringt hierdurch zur Kenntnis der Versicherten, daß vom 1. Mai l. J. ab in Sachen der Auszahlung von Geldunterstützungen nachstehende Vorschriften verpflichten werden:

1) Krankenunterstützungen, Hospital-, Wöchnerinnen- und Milchunterstützungen werden, wie bisher, von den einzelnen Ambulatorien gezahlt, jedoch nicht eher als nach Ablauf von 24 Stunden vom Augenblick der Niederlegung des Beweises an, der das Recht der Erhebung der Unterstützungen anzeigt (Unterstützungskarte, die vom Arzt und dem Arbeitgeber unterzeichnet ist, sowie das Lohnbüchlein).

2) Die Auszahlung der Sterbeunterstützungen erfolgt ausschließlich in der Kartothek der Zentrale, Wólczanska 225, in den Amtsstunden von 8 bis 3 Uhr nachmittags, gegen Vorzeigung des entsprechenden Beweises, d. h. des Totenscheines und des Abrechnungsbüchleins bezw. der Bescheinigung des Arbeitgebers über die Höhe des Gehalts in den letzten 4 Wochen.

763

Die Krankenkasse der Stadt Lodz

Lodz, d. 30. April 1925.

Dr. ARCT, Direktor — F. KAŁUŻYŃSKI, Vorsitzender der Verwaltung.

Gegen das Pluralwahlrecht.

Eine Demonstration in Tomaschow.

Am vergangenen Sonntag vormittag fand in Tomaschow eine Demonstration der sozialistischen Parteien gegen das Pluralwahlrecht statt. Es nahmen über 5000 Demonstranten daran teil. Nach den Reden der Vertreter der Deutschen Arbeitspartei Polens, der P. P. S. und des Klassenverbandes wurde folgende Entschließung angenommen:

Das fünfgliedrige Wahlrecht für Sejm und Senat, für die Stadtparlamente sowie für die Gemeinderäte ist eine der Grundlagen der Errungenschaften der Demokratie in Polen, das allen Wählern die Kundgebung ihres Willens garantiert.

Die Gleichheit vor dem Recht ist in der Konstitution der Republik Polen garantiert. Der Versuch der Nationaldemokratie zusammen mit dem „Piast" und der Christlichen Demokratie, im Sejm das Pluralwahlrecht für die Wahlen in die Stadtparlamente und Gemeinderäte durchzubringen, steht in schärfstem Widerspruch zum Geist der Konstitution, weil das Pluralwahlrecht die Gleichheit der Abstimmung verneint.

Die Versammelten protestieren auf das Entschiedenste gegen das Bestreben der Rechtsparteien, dem polnischen Volke die Wahlgleichheit zu rauben. Die Versammelten brandmarken diesen Anschlag auf das gleiche Wahlrecht, weil eine Aenderung des Wahlgesetzes die Volksmassen entrechtet und zu schweren inneren Kämpfen führen kann.

Die Versammelten stellen fest, daß nur die Kompromittierung der Witos-Regierung traurigen Angedenkens in der öffentlichen Meinung sowie die Furcht vor dem Urteil der breiten Wählermassen die wahre Ursache der Forcierung des Pluralwahlrechts ist.

Die Versammelten fordern daher die Abgeordneten dieses Bezirks zum energischen Widerstand gegen das Pluralwahlrecht im Sejm auf und beschließen, obige Resolution an den Sejmmarschall zu senden.

Literarischer Abend im Deutschen Gymnasium.

Zugunsten unbemittelter Schüler und Schülerinnen wurde am 28. April in der Aula des Gymnasiums ein literarischer Abend veranstaltet. Das Programm umfaßte 15 Nummern: teils Gedichte, teils Bruchstücke aus Romanen und Novellen, die von den Schauspielern Frau Erika van Draaz und Herrn G. A. Litteck vorgelesen wurden. In letzter Zeit ist das Vorlesen fast vollständig aus der Mode gekommen, und damit auch die Kunst des Vorlesens in Verfall geraten. Es muß gerade der deutschen Schule zum Vorwurf gemacht werden, daß sie diese Kunstpflege beinahe vollständig vernachlässigt. Es gibt viele sonst sehr gut und vielseitig gebildete Leute, die es aber nicht fertigbringen, ihre eigenen literarischen Produkte packend und lebenswahr vorzulesen; man merkt dem Lesen immer an, daß es eine mechanische Tätigkeit ist. Hören wir einen vollendeten Leser, so erweckt es den Eindruck, als ob er das Buch nur zum Scheine vor sich habe und daß das Vorgelesene eigene Improvisation sei. Zu glauben, daß diese Kunstfertigkeit einigen besonders gottbegnadeten Leuten ungewollt in den Schoß gefallen sei, ist grundfalsch. Die Fertigkeit kann sich jeder unter sachgemäßer Anleitung, verbunden mit gehöriger Uebung leicht aneignen. Uns ist ein russisches Gymnasium bekannt, in dem seinerzeit die 27 von dem Franzosen Boniface aufgestellten Regeln in besonderen Leseübungsstunden in Praxis umgesetzt wurden. Der Erfolg war ein gewaltiger. Es wäre zu empfehlen, daß auch unsere hiesigen deutschen Lehranstalten dem künstlerischen Lesen mehr Aufmerksamkeit schenkten. Das Vorlesen von Frau van Draaz und Herrn Litteck dürfte wohl manchen Schüler angeregt haben, sich in der Lesekunst zu üben. Die Methode hierzu müßte von den Lehrern gegeben werden. Die von Erika van Draaz vorgetragenen Stücke zeichneten sich neben schönem Ausdruck auch durch eine sorgfältige Artikulation aus. In den Gedichten war Litteck ausdrucksvoll. Leider war es uns nicht vergönnt gewesen, bis zum Schluß zu bleiben, so daß wir von einer ausführlicheren Würdigung absehen müssen. sh.

Ein Sozialist des Kommunismus angeklagt.

Nachklänge zu der Antikriegsdemonstration am 21. September 1924.

Das Lodzer Bezirksgericht verhandelte am Dienstag gegen das Mitglied der jüdischen Jugendorganisation „Zukunft", Szlama Nutkiewicz, 21 Jahre alt, der nach der Antikriegsdemonstration der drei sozialistischen Parteien, am 21. September 1924 auf dem Freiheitsplatze verhaftet und bis zur Gerichtsverhandlung in Voruntersuchung gehalten wurde.

Der Anklageakt warf dem Angeklagten Verstöße gegen die Art. 102 (Aufforderung zur Verschwörung) und 129 (Sturz der Gesellschaftsordnung und Widerstand gegen die Staatsgewalt) vor. Als Zeugen traten 6 Geheimagenten sowie 6 Zeugen seitens des Angeklagten auf, und zwar Abg. Artur Kronig, Stv. Ludwig Kuk, Stanislaw Potkanski und die Stadtverordneten Szmul Milman, Israel Lichtenstein und Lew Holenderski.

Aus dem Anklageakt ist ersichtlich, daß Nutkiewicz die Demonstranten aufgefordert haben soll, bei einem Kriegsausbruch die Waffen nicht zur Verteidigung des Staates, sondern zum Kampfe mit den besitzenden Kreisen zu gebrauchen. Außerdem soll Nutkiewicz in seiner Organisation kommunistische Agitation getrieben haben.

Die als Zeugen vernommenen Geheimagenten bestätigten den Anklageakt und sagten aus, daß sie gehört haben, daß Nutkiewicz von der kommunistischen Partei in die Organisation der kommunistischen Jugend abdelegiert wurde, um innerhalb derselben die kommunistischen Ideen zu verbreiten.

Zeuge Potkanski (P. P. S.) sagte aus, daß die Ansprache des Angeklagten keine umstürzlerischen Ideen enthalten habe und daß N. seine Rede ganz den sozialistischen Postulaten angepaßt hat.

Zeuge Abg. Kronig bestätigte dasselbe. Er habe die ganze Rede Nutkiewiczs gehört und konnte derselben nach N. nicht als Kommunisten ansehen. Im Gegenteil trat N. für die sozialistische Forderung auf, den Kriegstreibereien der kriegslustigen Nationalisten der Welt ein Ende zu bereiten.

Zeuge Stv. Kuk sagte aus, daß er an der Demonstration als Zuhörer teilnahm. Nutkiewicz wies auf die Kriegsgefahren hin und schilderte die Not und das Elend, die die Kriege nach sich ziehen. N. sprach davon, daß die Kriegsgefahren auch am Antikriegstage bestanden und daß im Kriegsfalle das arbeitende Volk und besonders die arbeitende Jugend die größten Opfer bringen müsse. Deswegen fordere er die Demonstrierenden auf, sich in den sozialistischen Parteien zu organisieren, um in größeren Massen hinter den sozialistischen Abgeordneten stehend, von den Regierungen eine Friedenspolitik zu fordern. Im übrigen war die Rede des Angeklagten denen der anderen Sprecher ähnlich und enthielt keine kommunistischen Ideen.

Zeuge Stv. Milman sagte aus, daß N. in seiner Parteiarbeit stets im Kampfe mit den Kommunisten stand und in der Jugendorganisation zum rechten Flügel gehörte. Die Organisation „Zukunft" steht unter dem Einfluß des „Bund" und nimmt von dieser Partei Anordnungen entgegen. Deswegen ist es ein Unding, N. als Kommunisten zu bezeichnen.

Zeuge Stv. Lichtenstein sagte aus, daß die Jugendorganisation gegenwärtig nach einer Spaltung ist, wobei die kommunistischen Elemente ausgeschieden sind. Mit diesen führte N. einen scharfen Kampf.

Zeuge Stv. Holenderski stellte fest, daß er N. aus den Angestelltenverbänden kennt und ihn nie als Kommunisten ansprechen kann.

Staatsanwalt Markowski erklärte in seiner Rede, daß die Kommunisten in der letzten Zeit eine Taktik angenommen haben, ihre Leute in die Arbeiterparteien zu schicken, um auf diese Weise unter der Maske kommunistische Propaganda zu treiben. Es ist für ihn nach Aussagen der Agenten klar, daß N. einer dieser Delegierten der Kommunisten sei, weswegen er schärfste Bestrafung des Angeklagten fordere.

Der Verteidiger Rechtsanwalt Kempner suchte das Gericht davon zu überzeugen, die Aussagen der Zeugen des Angeklagten nicht zu negieren. Die Zeugen genießen sämtlich das Vertrauen großer Wählermassen und sind imstande, die politischen Unterschiede auseinanderzuhalten. Alle aber haben sie festgestellt, daß N. nichts mit dem Kommunismus zu tun habe. Den Aussagen der Agenten könne keine Bedeutung beigemessen werden, da diese keinen Beweis dafür erbringen konnten, daß N. kommunistische Propaganda getrieben habe und ihre Aussagen sich nur auf von dritten Personen Gehörtem stützen. „Aber charakteristisch ist," sagte Rechtsanwalt Kempner, „daß die Polizei heute die Kommunisten in den sozialistischen Parteien suche und Leute in das Gefängnis werfe, wenn sie von irgend jemanden des Kommunismus bezichtigt werden, ohne daß der Beweis dafür erbracht wird, daß der Herausgegriffene Kommunist sei. Die sozialistischen Parteien haben ihr eigenen Mittel — die Kommunisten aus ihren Parteien auszuschließen —, um diese Propaganda innerhalb ihrer Organisationen unmöglich zu machen. Und diese Mittel werden sehr oft angewendet. Deswegen haben sie eine Hilfe von außerhalb nicht nötig. Der Angeklagte ist kein Kommunist, was die Bekämpfung seiner Person durch die Kommunisten beweise. Deswegen plädierte Rechtsanwalt Kempner für vollständige Freisprechung des N."

In seinem letzten Worte protestierte N. gegen seine Verhaftung, und erklärte, daß er nie Kommunist war oder ist.

Darauf zog sich das unter Vorsitz des Präses des Bezirksgerichts, Herrn Kaminski, stehende Gericht zu einer kurzen Beratung zurück. Das Urteil lautete auf Freispruch. Nutkiewicz hat 7 Monate in Untersuchungshaft zugebracht. Die zahlreich versammelten Mitglieder seiner Organisation beglückwünschten Nutkiewicz beim Verlassen des Gerichtssaales.

Die Macht der Drei.

Ein Roman aus dem Jahre 1955

von **Hans Dominik.**

(64. Fortsetzung.)

„Lord Maitland, Sie sind mit Mr. Geddes persönlich bekannt. Wollen Sie ihn besuchen und ihm die Mitteilung machen?"

Lord Horace nickte zustimmend. Er war mit Mr. Geddes seit Jahren befreundet. Er wollte den Auftrag übernehmen, um dem, was unvermeidlich geschehen mußte, wenigstens die versöhnlichste Form zu geben.

„Betonen Sie besonders bei ihrem Besuch, daß sich unser Kampf nicht gegen das blutsverwandte Volk richtet, sondern nur gegen den Tyrannen. Daß wir je schneller desto lieber wieder zu friedlichen Zuständen kommen wollen, sobald eine freiheitliche Regierung in Washington es uns möglich macht."

Lord Gashford wußte, warum er diese salbungsvolle Mitteilung überbringen ließ. Mr. Geddes war durch seine freiheitliche Gesinnung bekannt. Im Herzen ein Philanthrop und Pazifist. Keineswegs ein überzeugter Anhänger der unbeschränkten Herrschaft des Diktators. Letzten Endes ein Schwärmer für Menschenverbrüderung und Ideale, die in dieser Welt harter Realitäten kaum zu erreichen sind.

Cyrus Stonard kannte die Engländer. Er wußte, daß sie seit Jahrhunderten jeden Krieg, jeden Treubruch, jeden Ueberfall mit einem philanthropischen Mäntelchen behängt hatten, und in einem Anfall seines grimmigen weltverachtenden Humors hatte er ihnen einen überzeugten Philanthropen als Botschafter geschickt. Eben Mr. Geddes, der von ganzem Herzen an alle diese Phrasen glaubte, bei allen Verhandlungen aus vollster Ueberzeugung damit operierte und letzten Endes doch genau tun mußte, was Cyrus Stonard wollte.

Der Kraftwagen hielt vor der amerikanischen Botschaft. Lord Horace schritt durch das Vestibül und Treppenhaus. Durch die Räume, die er bei Besuchen und Festlichkeiten so oft betreten hatte. Aufgescheuchte Dienerschaft lief umher. Gepackte Koffer standen auf den Fluren. Mr. Geddes hatte der Parlamentssitzung in der Diplomatenloge beigewohnt. Er wußte, daß der Krieg unvermeidlich war, und hatte alle Maßregeln für eine schnelle Abreise getroffen.

Lord Horace ließ sich durch den zurückhaltenden Empfang nicht abschrecken. Er trat an Mr. Geddes heran und ergriff dessen Rechte mit seinen beiden Händen.

„Mein lieber alter Freund, Sie wissen, ich bringe Ihnen schlechte Botschaft. Es ist ein schwerer Gang für mich. Doch einer mußte sie Ihnen bringen. Da habe ich es übernommen."

Langsam legte Mr. Geddes seine zweite Hand auf die beiden Hände von Lord Horace. Er war zu bewegt, um sprechen zu können.

Eine Minute standen sie so. Dann machte sich Lord Maitland mit sanfter Bewegung frei. Noch eine Verneigung, und er verließ das Haus. Der alte Diener, der ihn so oft bei Festlichkeiten empfangen und geleitet hatte, gab ihm auch jetzt das Geleit bis zur Tür.

Lord Horace atmete tief auf, als das Auto in schneller Fahrt durch die sonnige Straße fuhr. Es war auch für ihn, den routinierten Staatsmann und Diplomaten, ein bitteres Stück Arbeit gewesen, einem Manne wie Geddes die Mitteilung zu überbringen, daß seine Mission hier zu Ende sei.

* * *

In der Nacht vom 19. auf den 20. Juli war die große amerikanische Transradiostation in Sayville im vollen Betrieb. Um die dritte Morgenstunde liefen alle Maschinen. Sie erzeugten die hochfrequente Sendeenergie und schickten sie über die Maschinengeber in die sechzehn Antennen der Station.

Im Telegraphistensaal standen die automatischen Schreibapparate und verwandelten die aus allen Teilen Amerikas ankommenden Drahtdepeschen in gelochte Papierstreifen.

Die Telegraphisten nahmen die gelochten Streifen aus den Stanzapparaten, ersahen aus den Adressen, nach welcher Himmelsrichtung sie bestimmt waren, und verteilten sie danach auf die Maschinengeber der verschieden gerichteten Antennen.

Der Chefelektriker saß in seinem Glaskasten, von dem aus er einen Ueberblick über die ganze Station hatte. Vor ihm auf dem Tisch lag das Stationsbuch. Er war beschäftigt, die letzten Telegramme einzutragen.

Da plötzlich . . . Mr. Brown stand auf und lauschte . . . Ein fremder Ton drang aus dem Maschinenraum her. Er kannte seine Station. Jede Unregelmäßigkeit verriet sich seinem geübten Ohr. Er sprang auf, verließ seinen Glaskasten und sah im Vorbeieilen, daß auch im Transmitterraum Unordnung ausgebrochen war. Alle Automaten standen still.

Er eilte in den nächsten Saal zu den Maschinengebern. Das gleiche Bild hier. Eine Lähmung hatte alle diese Apparate getroffen, die eben noch im fliegenden Tempo arbeiteten und Depeschen in alle Welt schickten.

Die Maschinengeber lagen still Es war erstaunlich, aber schließlich denkbar Das Undenkbare, das Unmögliche geschah im Nebenraum, in dem die großen, von den Maschinengebern gesteuerten Sendekontakte eingebaut waren. Die Kontakte arbeiteten. Sie tanzten auf und ab, schlossen und öffneten den Maschinenstrom und gaben unverkennbare Morsezeichen.

(Fortsetzung folgt.)

Um zwei schöne Augen.

Roman von **H. Abt.**

(Nachdruck verboten.)

(41. Fortsetzung.)

Nachdem er im Hotel seinen Handkoffer eingestellt, stieg er die Stufen zum Oberland hinan. Als er am Leuchtturm vorüber war, sah er sie wieder. Ihm den Rücken zugekehrt, stand sie wie damals auf dem Bergesgipfel am äußersten Rande des steil ins Meer hinabfallenden Felsens. Die See ging wild, aber der Himmel war blau, und die Sonne stand in rotgoldener Glut dem Sinken nahe am Horizont. In der rotglühenden Bläue ragte ihre hohe, dunkle Gestalt.

Die Rasendecke des Bodens und der heraufdonnernde Anprall der Wogen tranken den Schall seiner Tritte. Sie hätte wohl auch nicht das Haupt herumgewandt, hätte sie Schritte hinter sich vernommen. Ganz dicht, so daß er fast sie streifte, blieb er hinter ihr stehen und nannte ihren Namen — „Herta“ —

Er hatte sie bisher nicht nur so schlichtweg beim Vornamen genannt, hier aber in der großen Freiheit der Natur fiel ihm die steife Form von selber weg.

Nun wandte sie sich ohne Hast herum. Aus ihrem Blick, der wie aus weiter Ferne kam, sprach kein Erstaunen, keine Ueberraschung. Ihre Hand streckte sie ihm entgegen, freundlich, doch ohne Freude.

„Sie hier, Professor Lütgard —“

„Ja, ich — und Sie, Herta, was tun Sie hier so ganz allein in dieser Einsamkeit?“

„Ich warte.“

„Sie warten. Worauf?“

„Das weiß ich nicht.“

„Und warten doch?“

„Ja. Denn auf alles, was einer so mit ganzer Seele tut, kommt auch eines Tages die Erfüllung daher.“

In ihrer Stimme schien ihm ein fremder, seltsamer Laut. In ihrem Gesicht, daß der Meereshauch gebräunt, schien ihm nichts verändert.

„Sie waren ehedem keine Träumerin, Herta,“ sagte er langsam.

„Ich bin's auch jetzt nicht — weniger als je. Das hier“ — ihre Hand deutete auf das Meer hinaus — „ist nicht zum Träumen angetan, das braust zu gewaltige Melodie.“

Mit ein paar raschen Schritten trat sie weiter auf das Land hinüber, dabei sagte sie veränderten, gesellschaftlich ruhigen Tones:

„Werden Sie einige Zeit hier bleiben? Und vor allem — was macht Daniela?“

„Sie schickt Ihnen Grüße und — sie schickt mich, um bei Ihnen ein wenig nach dem Rechten zu sehen. Denn,“ scharfen Blickes sah er sie an — „Sie sind tollkühn, Herta, freveln mit Ihrem Leben.“

Ein paar Sekunden schwieg sie, dann sagte sie:

„Ich weiß, man hat ein Aufhebens von meiner Sturmfahrt gemacht. Die Gefahr dabei war Zufall, nicht gewollter Frevel. Ich freyle auch nicht. Ich muß nur zuweilen etwas tun, um mich selbst zu fühlen.“

Die Dianengestalt reckte sich. Ihre geöffneten Lippen atmeten dürstend die salzgetränkte Meeresschärfe. Und ihre Augen hatten den Blick, mit dem sie ihm gesagt: „Ich warte.“

Dann fragte sie wieder in dem ruhigen Tone wie zuvor:

„Haben Sie bereits Logis? Kommen Sie dann doch und trinken Sie eine Tasse Tee bei mir. Ich wohne nur zwei Minuten von hier.“

Seine Zusage als selbstverständlich nehmend, schritt sie ihm auf dem schmalen Weg voran. Der Professor folgte ihr nach, und grüblerisch beobachtete sein Blick ihre Bewegungen. Er glaubte sie zu kennen und hatte sie doch noch nicht ergründet. Die absolute Sicherheit ihres Wesens gab ihr so etwas Gereiftes, daß man leicht dazu kommen konnte, die Jugend ihrer dreiundzwanzig Jahre zu vergessen. Dabei aber erkannte der tiefer dringende Blick etwas Unfertiges in ihr, das erst noch seiner Vollendung entgegenharrte.

Auf halber Höhe hatte sie bei einer der auf der Insel ansässigen Beamtenfamilien sich ein paar hübsche Zimmer gemietet. Sie entzündete in dem dämmerigen Raum das Licht. Dann reichte sie Erich Lütgard nochmals freundschaftlich die Hand, bot ihm Platz an und machte sich daran, auf dem Samowar den Tee zu bereiten. Die Haustochter, ein junges Mädchen, brachte eine Platte mit belegten Brötchen. Aus ihrem hochachtungsvoll förmlichen Gruß merkte der Professor, daß zwischen Herta und ihren Wirtsleuten keinerlei gemütlicheres Verhältnis bestand. Sie hielt sich offenbar ganz für sich allein und war schon seit Monaten hier — und wartete.

Worauf? Er mußte sich's wieder fragen. Auf ein neues Glück oder darauf, daß das alte, der Knabe, ihr zurückkehrte?

Er fuhr aus seinen Gedanken auf, als sie, von der er doch nicht eine Sekunde den Blick gewandt, jetzt zu ihm trat und ihm die Teetasse bot. In der Hast faßte er ein wenig ungeschickt zu, so daß dabei seine Hand über die ihre dahinstrich. Es war keine zärtliche weiche, samtig glatte Haut — die Kraft, die sie zuweilen selber fühlen mußte, hatte sie fest und rauh gemacht.

Sie hatte ihm gegenüber Platz genommen, begann zunächst von Daniela zu sprechen. Nach einer Weile fragte sie:

„Haben Sie sich in ihrem neuen Wirkungskreis völlig eingelebt? Befriedigen Sie die Verhältnisse?“

„Mein Beruf befriedigt mich — die Verhältnisse, nein — wenigstens nicht so, wie ich mir da eine volle Befriedigung zuweilen wohl erträume.“

(Fortsetzung folgt.)

Im Verlage der „Lodzer Volkszeitung“ ist erschienen:

Programm und Organisationsstatut der Deutschen Arbeitspartei Polens.

Preis eines Exemplars 10 Groschen. Erhältlich im Parteilokal, Zamenhofstraße 17, sowie durch die Zeitungsausträger.